

**STADT WUPPERTAL / DIE OBERBÜRGERMEISTERIN**

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	GB 2.1 Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Schule und Integration GB 5 Geschäftsbereich Personal, Digitalisierung und Wirtschaft
	Ressort / Stadtbetrieb	204 - Ressort Zuwanderung und Integration 404 - Haupt- und Personalamt
	Bearbeiter/in Telefon (0202) E-Mail	Suna Lenz 563 2679 Suna.Lenz@stadt.wuppertal.de
	Bearbeiter/in Telefon (0202) E-Mail	Michael Telian 563 6100 Michael.Telian@stadt.wuppertal.de
	Datum:	08.01.2026
Drucks.-Nr.:		VO/0014/26 öffentlich
Sitzung am Gremium		Beschlussqualität
26.01.2026 Rat der Stadt Wuppertal		Entscheidung
Beauftragung einer externen Organisationsuntersuchung im Ressort Zuwanderung und Integration		

Grund der Vorlage

Ratsbeschluss vom 8.7.25 (VO/0700/25)

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Durchführung einer Organisationsuntersuchung durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) im Ressort Zuwanderung und Integration unter den in der Begründung dargestellten Rahmenbedingungen zu.

Unterschrift

Annette Berg

Dr. Sandra Zeh

Begründung

Der Rat der Stadt hat die Verwaltung am 8.7.25 beauftragt, ein externes Organisationsgutachten für das Ressort Zuwanderung und Integration in Auftrag zu geben, um die (dortigen) Strukturen und Abläufe zu analysieren und so zu optimieren, dass die Reaktions- und Bearbeitungszeiten (in der Ausländerbehörde) spürbar reduziert werden.

Ziel des Organisationsgutachtens soll es sein,

- eine objektive und fachkundige Bestandsaufnahme vorzunehmen, um so Schwachstellen und ineffiziente Abläufe aufzudecken
- konkrete Handlungsempfehlungen für Verbesserungen zu entwickeln
- das Ressort den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen entsprechend zu entwickeln und die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Da der Ratsauftrag sich explizit auf die Probleme in der Ausländerbehörde bezieht, soll von einer umfassenden Untersuchung aller Aufgabenbereiche und Prozesse im Ressort Zuwanderung und Integration Abstand genommen werden – dies wäre im Übrigen auch mit hohem Zeitaufwand und erheblichen Kosten verbunden.

Der **Fokus der Untersuchung** soll daher auf folgende Kernprozesse mit dem größten Optimierungspotential gelegt werden:

- Einbürgerungen
- Rückkehrmanagement
- Fachkräftezuwanderung

Um ein aufwendiges Vergabeverfahren zu vermeiden, ist eine Abfrage bei der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) und der KGSt erfolgt. Beide Einrichtungen haben einen engen kommunalen Bezug und sind mit den Strukturen und Prozessen von Kommunalverwaltungen vertraut und verfügen über einen sehr guten vergleichenden Überblick.

Die GPA hat mitgeteilt für eine solche Untersuchung nicht zur Verfügung zu stehen; die KGSt hat ihre Zusage erteilt und nach vorlaufenden Abstimmungsgesprächen ein Angebot abgegeben, das sich auf Kosten von 64.000.- € beläuft.

Die KGSt ist seit Jahrzehnten Partnerin der Kommunen und unterstützt/ berät in allen Fach- und Organisationsthemen. Besondere Kompetenz weist die KGSt im Aufgabenfeld Organisationsmanagement, gutachterliche Empfehlungen und Kennzahlensystematik auf. Sie verfügt über ein breites Netzwerk und interkommunale Vergleiche; rund 2.600 Kommunen und Institutionen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sind Mitglied – so auch die Stadt Wuppertal, die die Expertise der KGSt häufig nutzt.

Wegen dieser Mitgliedschaft kann vergaberechtlich auf eine Ausschreibung der Leistung verzichtet werden – was Zeit und sicherlich auch Kosten spart.

Das vorliegende Angebot der KGSt zeigt, dass ein strukturiertes Vorgehen sichergestellt ist und konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden.

Dabei setzt die KGSt auf eine enge Einbeziehung von Führung und Beschäftigten des Ressorts.

Die KGSt geht dabei nach einem 2-Phasen-Modell vor.

In der ersten Phase werden eine Analyse der Organisation durchgeführt und folgende Aspekte behandelt:

- Erst-Analyse der Aufbau- und Ablauforganisation (Stärken und Schwächen)
- Abgabe einer Empfehlung zu kurzfristig umsetzbaren Optimierungen (Quick-Wins)
- Darstellung der Aspekte, welche eine vertiefte Untersuchung erfordern

Nicht Gegenstand der Phase 1 sind die Untersuchung des Stellenbedarfs und Abgabe einer Empfehlung hierzu.

Das vorliegende Angebot in Höhe von 64.000.- € umfasst die Tätigkeiten zu Phase 1.

Ob eine zweite Phase mit einer vertieften (Organisations-)Untersuchung – ganz oder teilweise – eigenverantwortlich oder gemeinsam mit der KGSt durchgeführt werden soll, muss nach Vorstellung der Ergebnisse der Phase 1 entschieden werden.

Im Falle der Fortführung der (Organisations-)Untersuchung mit der KGSt würden weitere Kosten entstehen, über deren Finanzierung dann entschieden werden müsste.

Die Organisationsuntersuchung in der Phase 1 wird eng durch einen verwaltungsinternen Lenkungsreis gesteuert, dem die Geschäftsbereichsleiterinnen 2.1 und 5 sowie die Leitungen des Ressorts Zuwanderung und Integration sowie des Haupt- und Personalamtes angehören.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

Auswirkungen, bitte Auswahl treffen:

Neutral / keine Auswirkung

Begründung:

Es handelt sich um organisatorische/personelle Maßnahmen.

Kosten und Finanzierung

Im Haushalt 2026/ 2027 sind für das Projekt „Organisationsuntersuchung im Ressort Zuwanderung und Integration“ keine Mittel eingestellt.

Die Finanzierung der 1. Phase der Organisationsuntersuchung erfolgt durch die Bereitstellung von überplanmäßigen konsumtiven Mitteln beim Personalressort (64.000.-€) - gedeckt aus dem Budget des Ressorts Zuwanderung und Integration.

Der Rat der Stadt hat die zwingende Notwendigkeit einer solchen externen Organisationsuntersuchung mit seinem Beschluss vom 8.7.25 bereits festgestellt

Die beigefügte Anlage stellt die aktuelle Situation in der Ausländerbehörde sowie die bereits umgesetzten und noch geplanten Maßnahmen dar.

Zeitplan

Die KGSt hat angekündigt im März 2026 mit der Organisationsanalyse zu beginnen; es wird eine Projektdauer von 4 Monaten erwartet.

Über die Ergebnisse der Untersuchung wird die Verwaltung die Politik im 2. Halbjahr 2026 informieren.

Anlagen

Anlage 1 – Aktueller Statusbericht zur Situation in der Ausländerbehörde